

Nachfrage hängt ab von:

- Ø Nutzensvorstellung
- Ø Preis des Gutes
- Ø Preis von Ersatzgütern
- Ø Preis von andern Gütern
- Ø Preiserwartungen
- Ø Einkommen / Vermögen



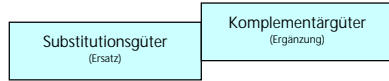
Gründe für Linksverschiebung:

- (Es gibt weniger für denselben Preis)
- tiefere Nutzeinschätzung
 - sinkende Preise von Substitutionsgütern
 - steigende Preise von Komplementärgütern
 - tieferes Einkommen
 - erwarteter Preisrückgang

Grenznutzen

Je mehr von einem Gut besessen wird, desto weniger wird eine zusätzliche Einheit geschätzt.
=> erstes Gossensches Gesetz

Ausgleich des Grenznutzen (ich kaufe weniger Gipsfeli, dafür genehmige ich mir noch eine heisse Schokolade mit „Nidli“)
=> zweites Gossensches Gesetz



Gründe für Rechtsverschiebung:

- (Es gibt mehr für denselben Preis)
- höhere Nutzeinschätzung
 - steigende Preise für Substitutionsgüter
 - sinkende Preise für Komplementärgüter
 - höheres Einkommen
 - erwartete Preissteigerungen

Angebot:

- Ø hängt ab von den Kosten
- Ø Zielsetzung ist die Gewinnmaximierung

Gründe für eine Rechtsverschiebung:

- (Es gibt mehr Angebote für denselben Preis)
- sinkende Produktionskosten
 - Fortschritte in den Produktionsverfahren
 - positive externe Einflussgrößen (gute Weinerte dank schönem Wetter)

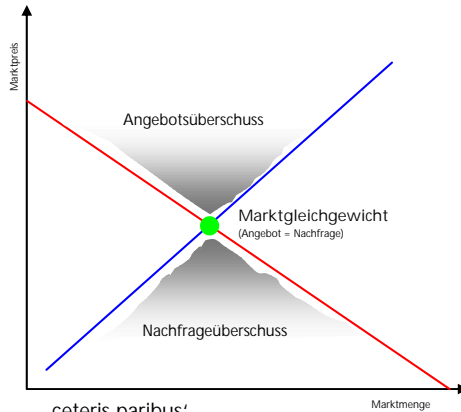
Grenzertrag

Je mehr von einem Gut produziert wird, desto teurer wird die Produktion (Einsatz zusätzlicher Maschinen/Arbeitskräfte).
=> Ertragsgesetz
Zunächst steigen die Grenzerträge, dann nehmen sie ab, bis sie gar negativ werden (Kosten > Nutzen)

Gründe für eine Linksverschiebung:

- (Es gibt weniger Angebote für denselben Preis)
- steigende Produktionskosten
 - Rückschritte in den Produktionsverfahren
 - negative externe Einflussgrößen (Produktionsausfall infolge von Streiks)

Preisbildung



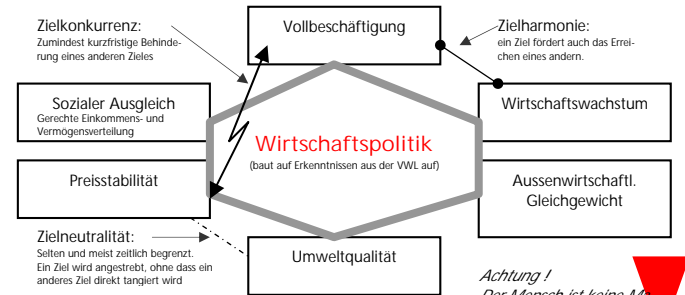
„ceteris paribus“
Bei Ueberlegungen / Analysen, wie sich das Angebot eines Gutes verändert, wird jeweils nur ein Faktor verändert.

$$\text{Elastizität} = \frac{\text{Veränderung der Menge in \%}}{\text{Veränderung Preis in \%}}$$

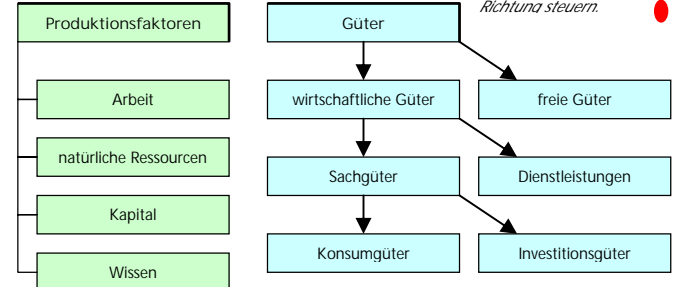
Marktformen

		Anbieter		
		Viele	Wenige	Einer
Nachfrager	Viele	Polypol (vollkommene Konkurrenz)	Angebotsoligopol	Angebotsmonopol
	Wenige	Nachfrageoligopol	bilaterales Oligopol	Angebotsmonopol & Nachfrageoligopol
	Einer	Nachfragemonopol	Nachfragemonopol & Angebotsoligopol	bilaterales Monopol

Post hat Angebotsmonopol für Betriebskittreue => Beruf kann sonst nirgends ausgeübt werden.



Achtung!
Der Mensch ist keine Maschine, er lässt sich nicht so leicht in die gewünschte Richtung steuern.



- CH-Verfassungsartikel zur
- Erhaltung und Förderung gefährdeter Wirtschaftszweige und Berufe
 - Schutz wirtschaftlich bedrohter Landesteile
 - Preisüberwachung
 - Mieterschutz
 - Bankwesen
 - Eisenbahnen
 - Erhaltung einer gesunden Bauernschaft
 - Bodenrecht, Raumplanung
- Beschränkungen der Marktwirtschaft (VWL 67 - Revitalisierungsppgm)



- prinzipiell ungesättigt
- mehrere Ziele verfolgen
- gleichzeitig mehrere Bedürfnisse befriedigen
- vielerlei Güter besitzen
- Wohlergehen vermehren
- überall und aktiv nach Vorteil suchen
- den kürzesten Weg zum Ziel suchen
- cool, überlegt, kalkuliert und zweckgerichtet
- Je grösser die Besitzmenge eines bestimmten Gutes, desto geringer der Wert einer zusätzlichen Einheit.

„homo oeconomicus“

- **Minimumprinzip**
Bedürfnisse mit möglichst geringem Einsatz befriedigen.
- **Maximumprinzip**
Mit gegebenen Mitteln möglichst viele Bedürfnisse befriedigen.

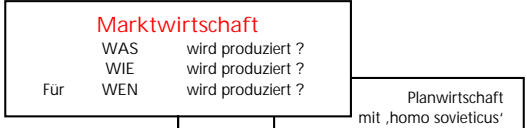
„Ökonomen sind Leute, die, wenn sie mit einem Fuss auf einer heissen Herdplatte und mit dem anderen in einer Tiefkühltruhe stehen, erklären: „Durchschnittlich gesehen geht's mir nicht schlecht.“ (unbekannter Autor)

VWL - Volkswirtschaftslehre

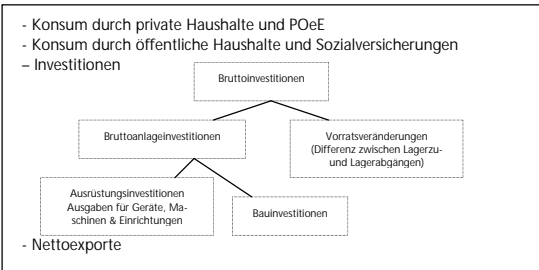
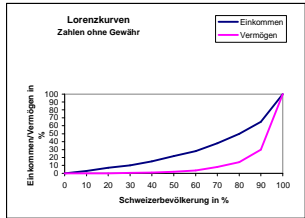
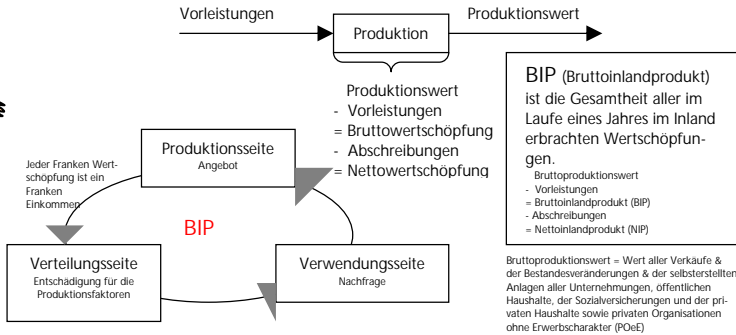
- Funktionsmechanismen**
Preis- und Marktfunktionen:
- Vermittlung und Verarbeitung von Informationen
 - Allokation der Mittel
 - Koordination der Aktivitäten
- Marktergebnis:**
- „unsichtbare Hand“ führt zum gesellschaftlichen Optimum

- Voraussetzungen**
- Privateigentum
 - Vertragsfreiheit und Rechtssicherheit
 - Freier Marktzugang
 - Grosse Anzahl von Marktteilnehmern

- Aufgaben des Staates:**
- Ordnungsfunktion (Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft)
 - Gewährleistung der Verteilungsgerechtigkeit
 - Korrektur von Marktversagen unter Vermeidung von Staatsversagen
 - Förderung der wirtschaftlichen Stabilität

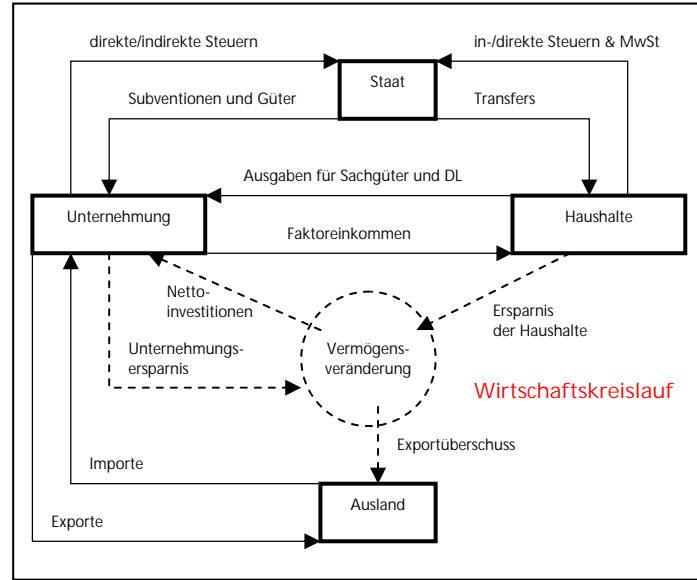


Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR)



Grenzen der VGR:

- unzureichende Erfassung der Daten
- problematische Bewertung von Leistungen
- VGR erfasst nur monetäre Flüsse
- Aufgepasst bei internationalen Vergleichen
- VGR ist kein Messgerät für Wohlfahrt oder Lebensqualität



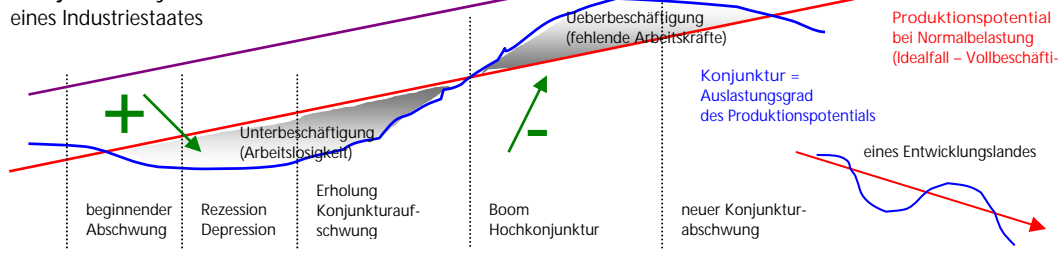
Qualitatives Wachstum (trotz positivem Wachstum wird Umweltbelastung auf bestimmtem Niveau stabilisiert) **Und Nachhaltige Entwicklung** (1987 / UN Weltkommission für Umwelt und Entwicklung unter Gro Harlem Brundtland / sustainable development - Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.)

Kernpostulat der Nachhaltigen Entwicklung	
Problem	Kernpostulat
erneuerbare Ressourcen	Die Nutzungsrate erneuerbarer Ressourcen soll die natürliche Regenerationsrate nicht übersteigen
Absorptionsfähigkeit der Ökosysteme	Es ist sicherzustellen, dass die Verschmutzungsrate durch Abfälle und Emissionen gleich hoch oder kleiner als die Absorptionsrate der Umwelt ist
Ökologische Risiken	Grossrisiken, deren ökologische Folgen andere Nachhaltigkeitspostulate verletzen oder gar nicht abschätzbar sind, müssen vermieden werden. => qualitatives Wachstum
Nicht-erneuerbare Ressourcen	Die Nutzung nicht-erneuerbarer Ressourcen ist nur in dem Ausmass zugelassen, als es durch Erhöhung der Ressourcenproduktivität und Substitution gelingt, einen absoluten Rückgang des Verbrauchs zu realisieren.
Gesundhaltung der Biosysteme und Erhaltung der Artenvielfalt	Notwendige Voraussetzung für eine Nachhaltige Entwicklung ist die Erhaltung der Biosysteme und eine weltweite Erhaltung der Artenvielfalt.

Förderung der Nachhaltigen Entwicklung:

- Gebote und Verbote
- Selbstregulierungen (Verbände auferlegen sich selbst Standards, Kontrollen und Zielvorgaben)
- Internationalisierung externer Kosten
- > Besteuerung
- > Lenkungsabgaben
- > Umweltzertifikate

Konjunkturzyklus eines Industriestaates



Konjunkturpolitik:

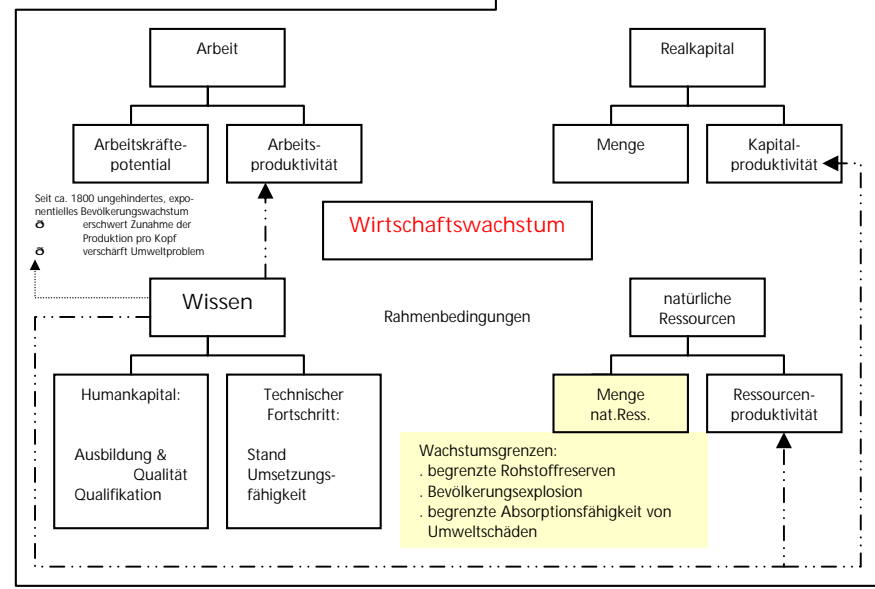
- Keynesianische Konzeption:** Staat muss antizyklische Finanzpolitik betreiben => in Hausse sparen, in Baisse investieren.
- Monetaristische Konzeption:** Notenbank muss für Gleichgewicht zwischen Geldmenge und Produktionspotential sorgen. => weniger Staat - mehr Markt
- angebotsorientierte Konzeption:** Anreize durch Steuersenkungen, Deregulierungen, Privatisierungen, Abbau von Subventionen, mehr Handlungsspielräume.

Indikatoren: Preisentwicklung, Bestellungseingänge, Auftragsbestandsentwicklung, Investitionsverhalten, Lohnentwicklung, Entwicklung der Arbeitslosenrate, Veränderung der Geldmenge, Wechselkursentwicklung, Konsumverlauf, Konsumentenstimmung, Entwicklung Import/Export, Zinsentwicklung, Anzahl offener Stellen, Sparverhalten und Sammelindex (offene Stellen&Arbeitsvorrat-&volumen&offene Baukredit te&Geldmenge)

Es gibt **vorauselende**, **gleichlaufende** und **nachhinkende** Indikatoren.

Gründe für Schwankungen:

- monetäre Theorien (Veränderung der Geldmenge)
- Ueberinvestitionen (schubweiser technischer Fortschritt verursacht Auf-Ab der wirtschaftlichen Tätigkeiten)
- Ueberkonsumtion (unzureichende Konsumnachfrage, da Löhne weniger stark steigen => Reallohnverlust)
- psychologische Theorien (Medien verbreiten Optimismus und Pessimismus)
- politische Modelle (Ziel ist die Wiederwahl der Regierung => Untersuchung der Konjunktur und Nennuna von möglichen Massnahmen)



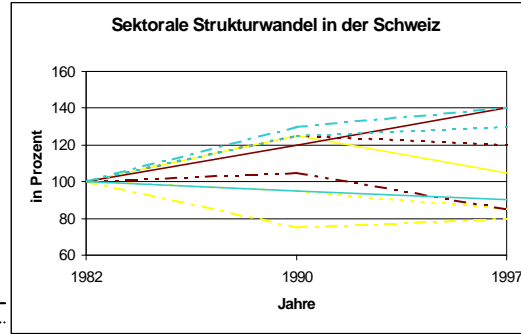
Strukturwandel (dauerhafte Veränderung im Gefüge der Volkswirtschaft) als Charakteristikum wirtschaftlicher Entwicklung

Einflussgrößen:

- demographische Struktur
- Produktionsstruktur (z.B. Branchen)
- Einkommensstruktur
- Beschäftigungsstruktur (Einteilung nach Branchen, Ausbildung)
- regionale Wirtschaftsstruktur (z.B. Anteil der Regionen an der Wertschöpfung)
- Unternehmensstruktur (z.B. Grösse)
- Internationalisierung der Produktion
- internationaler Handel

Ursachen:

- Nachfragedynamik (Bei steigendem Einkommen sinkt der Ausgabenanteil für Grundnahrungsmittel, weil hier schnell eine Sättigungsgrenze erreicht wird.)
- Angebotsdynamik (Durch technischen Fortschritt werden weniger Arbeitskräfte für die Produktion derselben Produktmenge benötigt.)
- veränderte Rahmenbedingungen (Internationalisierung, Globalisierung, fallende Transportkosten, Freihandelszonen wie NAFTA-North American Free Trade Association/ APEC-Asian Pacific Economic Community / EU-European Union)



Handlungsalternativen des Staates:

1. Strukturserhaltung
2. Strukturpassung
3. Strukturgestaltung

1. Landwirtschaft
2. Industrie
3. Dienstleistung

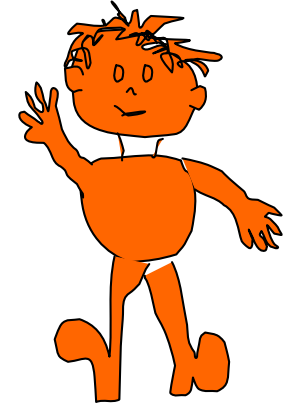
- Produktivität (solid line)
- Wertschöpfung (dotted line)
- Erwerbstätige (dashed line)

Erfolgsfaktoren zur Bewältigung des Strukturwandel:

1. Wandel als Chance erkennen / Innovationsfähigkeit erhöhen.
2. Stärkung der Leistungsfähigkeit / Förderung von Wettbewerb und Standortqualität
3. Bildung und Wissen

Hemmschuh:

- Disziplin/Fliss statt Innovation/Kreativität
- Risikoaversion/Sicherheitsdenken statt Risikobereitschaft
- Bekanntes verteidigen statt Offenheit gegenüber Neuem
- Blick in Rückspiegel statt Blick in die Zukunft
- Innenorientierung statt Aussenorientierung
- Politik der kleinen Schritte statt rascher Wandel
- Technologiefreundlichkeit statt neue Technologien schnell einsetzen



Dynamische Entwicklungsprozesse

Konjunktur (BIP-Zuwachsraten)	Wachstum (BIP-Entwicklung)	Strukturwandel (z.B. sektorale Beschäftigung)
<i>Probleme</i>		
. konjunkturelle Arbeitslosigkeit . Inflation . Wechselkursschwankungen	. Wachstumsdefizit-Arbeitslosigkeit . Wachstumsstörungen . soziale/ökologische Kosten	. strukturelle Arbeitslosigkeit . Mobilitätshemmnisse . Innovationsschwäche
<i>Ziele</i>		
. Glättung von Konjunkturschwankungen (Vollbeschäftigung, Preisstabilität, ausenwirtschaftliches Gleichgewicht)	. max. langfristige Hebung der Wohlfahrt . Nachhaltige Entwicklung	. Strukturserhaltung . Strukturpassung . Strukturgestaltung
<i>Instrumente</i>		
. Finanzpolitik . Geldpolitik . Aussenwirtschaftspolitik . Einkommenspolitik . usw	. Wettbewerbspolitik . Arbeitsmarktpolitik . Kapitalmarktpolitik . Bildungspolitik . Ordnungspolitik . usw	. Protektionismus . Investitionsbeiträge . Umschulungsbeiträge . Subventionen . Umsiedlungshilfen . usw

Arbeitslosigkeit

Typen:

- saisonale/frictionelle Arbeitslosigkeit (jahreszeitliche Nachfrageschwankungen)
- konjunkturelle Arbeitslosigkeit (schlechter Geschäftsgang führt zu Kurzarbeit und Entlassungen)
- strukturelle Arbeitslosigkeit (Nachfragerückgang in einzelnen Sektoren)
- Sockel- / natürliche' Arbeitslosigkeit (Langarbeitslose, die den Wiedereinstieg nicht mehr schaffen)
- Wachstumsdefizit-Arbeitslosigkeit (internationale Strukturänderungen – z.B. Sättigung der Märkte mit traditionellen Produkten)
- technologische Arbeitslosigkeit (durch Rationalisierungen)

Bekämpfung durch:

- Stärkung der Wettbewerbskraft durch Verbesserung der Rahmenbedingungen (z.B. Freihandelszonen)
- Standortattraktivität (z.B. tiefere Steuerbelastung)
- Innovation (besser oder anders sein)
- Erhöhung der Produktivität (kostengünstigere Produktion)
- Beschäftigungsprogramme / Weiterbildung / Umschulung
- Lohnsenkungen (kostengünstigere Produktion)
- Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung der Arbeit (VW – 4Tage-Woche)
- flexiblere Arbeitszeitmodelle

Geldpolitik

Geld = Bargeld (Munzen und Noten) und Buchgeld (z.B. Post giro) / Im weitesten Sinne alles, womit jederzeit bezahlt werden kann.

Landesindex der Konsumentenpreise (LIK)

Der LIK stellt die Entwicklung der Preise der für die Konsumenten bedeutsamen Waren und Dienstleistungen dar und nicht die Entwicklung der Lebenshaltungskosten."

SNB – Schweizerische Nationalbank
Hauptaufgabe gemäss Bundesverfassung:
" Die mit dem Notenmonopol ausgestattete Bank hat die Hauptaufgabe, den Geldumlauf des Landes zu regeln, den Zahlungsverkehr zu erleichtern und im Rahmen der Bundesgesetzgebung eine im Gesamtinteresse des Landes dienende Kredit- und Währungspolitik zu führen."

Aktiven	Passiven
Gold	Notenumlauf
Devisen	Giro Guthaben
Wertschriften	Rückstellungen
Kredite	Uebrige
Uebrige	

Instrumente zur Kontrolle der Notenbankgeldmenge:

- Devisenmarktinterventionen
- Offenmarktgeschäfte (An-/Verkauf von Wertschriften - Staatsobligationen)
- Lombardkredite (Kredit an Banken gegen Hinterlegung von Wertschriften)
- Diskontierung von Wechseln (neute bedeutungslos)
- Goldgeschäfte (in 70-er Jahren eingestellt)
- Mindestreserven (zinslose Guthaben, welche Banken bei der SNB auf einem Sperrkonto haben müssen)
- Emissionskontrolle (z.B. temporäre Bewilligungspflicht für Börsengang)
- Massnahmen gegen den Zufluss ausländischer Gelder (Verhinderung von Wechselkurszusammenbrüchen)

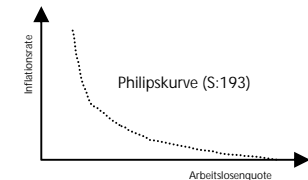
Probleme der Geldpolitik:

- Wirkungsverzögerungen von bis zu 3 Jahren
- Unsicherheit bezüglich Beurteilung der Lage/Entwicklung
- Zielkonflikte (Bekämpfung Inflation = Gefahr der Rezession)
- Unsicherheit bezüglich Wirkungsmechanismen (Geldnachfrage, Umlaufgeschwindigkeit,..)

Inflation (Preiserhöhungen)

Ursachen	Folgen
Ausdehnung der Geldmenge (monetaristischer Ansatz)	Ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen. Speziell die Gläubiger 'leiden', da ihre Forderungen an Wert verlieren.
Nachfrageinflation (keynesianischer Ansatz)	Ausserdem verliert Geld im Gegensatz zu Sachwerten (Immobilien) an Wert => kalte Progression
Angebotsinflation (Kostendruckansatz – erhöhte Produktionskosten; Gewinndruckansatz – weniger Anbieter)	Verzerrung der Preissignale führt zu ineffizienter Allokation der Ressourcen

Deflation ist das Gegenstück zur Inflation und bedeutet einen generellen Rückgang des Preisniveaus über längere Zeit.



Staatsverschuldung



Aufgaben / Ausgaben	Einkommen
<ul style="list-style-type: none"> soziale Wohlfahrt Beziehungen zum Ausland Landesverteidigung 	<ul style="list-style-type: none"> indirekte Steuern (MwSt) direkte Steuern übrige Einnahmen (Gebühren)
<i>Folgen / Risiken</i>	
<ul style="list-style-type: none"> Staat beschafft sich Mittel auf dem Kapitalmarkt => höhere Geldnachfrage => höhere Zinsen Wächst die Geldmenge schneller als das BIP, wächst die Inflation. Verdrängungseffekt („crowding-out“) dadurch, dass Staat als Konkurrent zu Unternehmen auftritt und privaten Haushalten und die besseren Garantien hat. Je grösser die Verschuldung desto höher die Zinsbelastung desto weniger bleibt für die eigentlichen Aufgaben übrig. Teufelskreis, wenn Zinsen nur mit der Aufnahme neuer Kredite beglichen werden können. <p>Ein Staatsbankrott (weitere Kredite werden verweigert) wird von einem Ruin der eigenen Währung begleitet. Verlierer sind Staat als Institution (Vertrauensverlust), und die Gläubiger. Unter strengen Auflagen und Kontrollen des IWF kann versucht werden, wieder von vorne zu beginnen.</p>	
<i>Richtlinien:</i>	
<ul style="list-style-type: none"> Goldene Finanzierungsregel konstante, langfristige Schuldenquote Ausgabenwachstum = Wirtschaftswachstum 	

Soziale Sicherheit (Wohlfahrt)

Armutstypen:

- absolute Armut
(Einkommen und Vermögen sichern nicht das Lebensnotwendigste)
- relative Armut
(In Relation mit dem allgemeinen Lebensstandard z.B. dann, wenn weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens verdient wird.)
- subjektive Armut
(Menschen mit unterdurchschnittlichem Einkommen müssen sich selber nicht als arm empfinden)



Sozialversicherungen:

Zum Zweck der sozialen Sicherheit (z.B. bei Arbeitslosigkeit), dem Risikoausgleich (z.B. bei Invalidität) und Einkommensumverteilung (z.B. Fürsorgeleistungen).

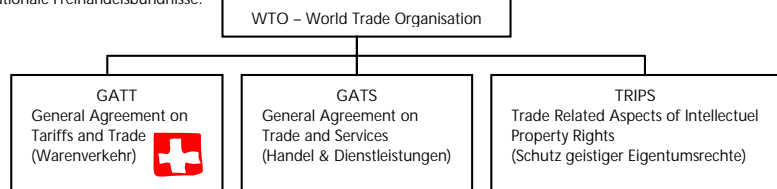
Zweig	Inhalt	Finanzierung
AHV	1.Säule (AHV)	½ durch Arbeitgeber, ½ durch Arbeitnehmer. Laufende Einnahmen werden für die laufenden Ausgaben verwendet
	2.Säule (PK)	
	3.Säule(freiwillige Vorsorge)	Keine gesetzliche Vorgabe
	Ergänzungsleistungen falls Existenzbedarf nicht gedeckt ist	Bund und Kantone
IV	Unterstützung der Invaliden	Finanziell, rechtlich und organisatorisch mit AHV verbunden. ½ übernehmen Bund und Kantone.
Militärdienstpflicht	Risiken: Verdienstaussfall, Krankheit, Unfall und Tod im Militärdienst (Erwerbersatzordnung & Militärversicherung)	Erwerbersatzordnung mit der AHV verbunden ohne Beiträge der öffentlichen Hand. Militärversicherung aus allgemeinen Budgetmitteln des Bundes finanziert.
Unfallversicherung	Obligatorische Betriebs- und Nichtbetriebsunfallversicherung. Förderung der Unfallverhütung.	Keine staatliche Unterstützung. Beitragspflicht der Arbeitnehmer.
Krankenversicherung	Seit 1.1.96 obligatorische Grundversicherung (KVG)	Finanzierung durch Versicherungsprämien. Neu keine Subventionen an Krankenkassen, sondern direkt an wirtschaftlich schwächere Versicherte
ALV	Taggelder bei Verdienstaussfall, Umschulungs-, Weiterbildungs- und Mobilitätsbeihilfen.	Lohnprozentuale Beiträge (½ AG, ½ AN). Anpassung des Prozentsatzes an Finanzierungsbedarf. Zinslose Darlehen des Bundes in Notsituationen.
Familienzulagen	Bundesrechtlich im Bereich Landwirtschaft. Kantonal pro Kind.	AG-Beiträge und Zuschüsse Bund / Kanton. Finanzierung durch AG-Beitrag

internationale Arbeitsteilung

Protektionismus	Freihandel
Weil durch den Freihandel die Produktionskräfte nicht gefördert werden, müssen sich entwickelnde Branchen zuerst einen Schutz gegenüber der ausländischen Konkurrenz geniessen, bis sie kräftig genug sind, sich dem internationalen Wettbewerb zu stellen	Aus Mangel an internationaler Konkurrenz werden die geschützten Branchen die angestrebten Kostenvorteile nie erlangen, sie werden sich aber an die staatlichen Krücken gewöhnen und ewig schwach bleiben.
Ein Schutz gegenüber den mit viel tieferen Arbeitskosten produzierenden Niedriglohnländern ist absolut notwendig.	Wenn die Unternehmungen in den Industrieländern ihre höheren Löhne nicht mit höherer Produktivität und besserem Management wettmachen können, dann haben sie im internationalen Wettbewerb ohnehin keine Chance: ihr Schutz läuft auf eine teuer Euthanasiehilfe hinaus.
Schutz ist notwendig, wenn in wirtschaftlich schwierigen Zeiten hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Die noch bestehenden Arbeitsplätze müssen noch gesichert werden.	Die Zementierung bestehender Strukturen ist genau die falsche Politik, es sollte im Gegenteil gerade die Flexibilität und die Anpassungsfähigkeit gefördert werden. Weil diese Massnahmen ausserdem auf Kosten anderer Länder gehen, werden diese zu Gegenaktionen ausholen.
Wir müssen uns bei gewissen Branchen vor der Auslandskonkurrenz schützen, damit wir auch in Krisenzeiten unsere Versorgung sicherstellen können.	Dieser Schutz verursacht viel zu hohe Kosten. Durch regionale Diversifizierung und durch Lagerhaltungen kann dieses Risiko minimiert werden.



Internationale Freihandelsbündnisse:



Binnenmarktprogramm mit EU:

- freier Güterverkehr
 - freier Kapitalverkehr
 - freier Dienstleistungsverkehr
 - freier Personenverkehr
- => Stärkung der Wettbewerbskraft / Kosteneinsparungen & Preissenkungen / neue Arbeitsplätze / positive Beeinflussung der technologischen Innovation

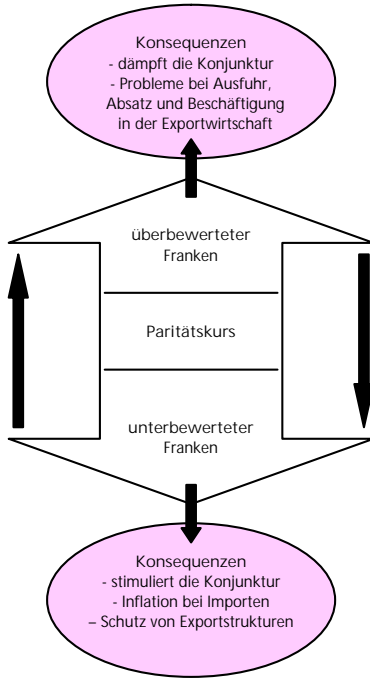
Bilanzen

Zahlungsbilanz hält verschiedene Beziehungen mit Ausland fest.	
Ertragsbilanz	Kapitalverkehrsbilanz
Leistungstransaktionen: . Güterhandel <i>Handelsbilanz</i> . Handel mit Dienstleistungen <i>Dienstleistungsbilanz</i> . Arbeitsleistungen und Kapitaldienstleistungen <i>Bilanz der Arbeits- und Kapitaleinkommen</i> . einseitige Uebertragungen <i>Bilanz der laufenden Uebertragungen</i>	Finanztransaktionen: . Direktinvestitionen (Expansion von CH-Unternehmen ins Ausland) . Portfolioinvestitionen (Wertschriftenhandel) . Kredite . Devisenhandel

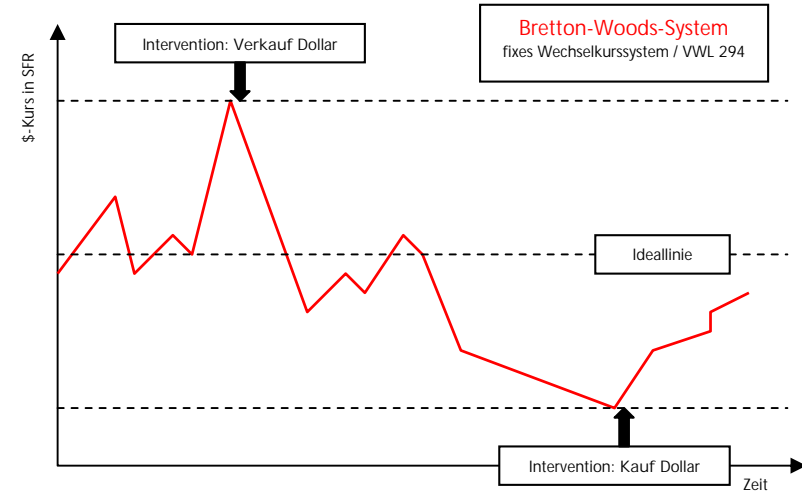
- Handelsbilanz-Defizit: Import > Export (CH hat keine Rohstoffe)
- Dienstleistungsbilanz-Ueberschuss: Fremdenverkehr, Banken & Versicherungen
- Ueberschuss in Bilanz der Arbeits-&Kapitaleinkommen: ausländische Grenzgänger > inländische GG aber grosses Auslandsvermögen (hohe Zinse)
- Defizit in Bilanz der laufenden Uebertragung: ausländische Arbeitnehmer überweisen ihren Lohn in ihre Heimatländer
- Kapitalverkehrsbilanz: „ungenau“ Datenerhebung (Meldung der Banken und Unternehmungen an SNB)

Wechselkurs - Franken

Nachfrage nach Franken
 = Exporte werden erschwert
 = ausländische Portfolioinvestitionen in der Schweiz
 = ausländische Direktinvestitionen in der Schweiz
 = übriger Kapitalimport
 = Devisenverkäufe der Nationalbank



Angebot von Franken
 = Importe werden erschwert
 = schweizerische Portfolioinvestitionen im Ausland
 = schweizerische Direktinvestitionen im Ausland
 = übriger Kapitalexport
 = Devisenkäufe der Nationalbank



Gründe, dass das System zusammengebrochen ist:

- . defizitäre Handelsbilanz in USA nach dem Krieg (grosszügige Kredite, hohe Importe aus Europa)
- . Kapitalabfluss (Dollar wurde ‚Weltwährung‘) => Missverhältnis Dollar – Goldreserven
- . Unsicherheiten über Zukunft des Dollars führten zu Fluchtbewegungen in andere Währungen
- . einzelne Länder tauschten ihre Dollars in Gold um (1971 wurde Goldkonvertibilität aufgehoben)
- . massive Flucht aus dem Dollar
- . 1973 gab die Schweiz den Frankenkurs frei => alle wichtigen Industrieländer folgten.

=> IWF (gegründet in Bretton-Woods) überlebte